

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Herta Däubler-Gmelin
MdB und Inge Wettig-
Danielmeier MdL würdigen
die erste Rede einer
Frau vor einem deut-
schen Parlament.
Seite 1

Egon Lutz MdB, Obmann
der Sozialdemokraten im
Bundestagsausschuß für
Arbeit und Sozialordnung,
über die Arbeitsmarkt-
zahlen des Monats Fe-
bruar: Der traurige Ab-
schied des Präsidenten
Stingl. Seite 4

Fritz Sänger untersucht
das Verhältnis von Regie-
rung und Journalisten:
Die Mitreise des Kurt
Ziesel nach Israel darf
kein Vorbild sein.
Seite 6

39. Jahrgang / 45

2. März 1984

Gegen konservative Frauen-Ideologien

Marie Juchacz - zur ersten Rede einer Frau vor einem
deutschen Parlament

Von Herta Däubler-Gmelin MdB, stellvertretende Vorsitzende
der SPD-Bundestagsfraktion und Inge Wettig-Danielmeier MdL,
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokrati-
scher Frauen (AsF)

Der 19. Februar 1919 war ein denkwürdiger Tag für die
Frauen in Deutschland. Erstmals sprach eine Frau in einem
deutschen Parlament: Marie Juchacz, Frauenbeauftragte der
SPD und Gründerin der Arbeiterwohlfahrt. Sie hielt eine
programmatische Rede vor der Nationalversammlung, die die
Verfassung der Weimarer Republik beriet und beschloß. Das
war und bleibt ein Meilenstein in der Geschichte der Frauen-
bewegung. Erstmals war es nach der Novemberrevolution den
Frauen im Deutschen Reich möglich, zu wählen und gewählt zu
werden. Dies war auch ein Meilenstein in der Geschichte der
Sozialdemokratie, die als einzige Partei das Frauenstimm-
recht auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

Politisch aktive Frauen hatte es auch zuvor gegeben. Er-
innert sei hier an Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Minna
Cauer oder Anita Augspurg. Da die Frauen bis 1919 - im Kai-
serreich - aber nicht die vollen staatsbürgerlichen Rechte
besaßen, konnten sie in die Parlamente nicht einziehen. Sie
waren gezwungen, ihren Kampf um die Rechte der Frauen
außerhalb des Reichstags zu führen.

Nachdem am 19. Januar 1919 erstmals nach dem allgemeinen
gleichen Wahlrecht gewählt wird, gehören der 165 Mitglieder
starken sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalver-
sammlung immerhin schon 19 Frauen an; eine große Zahl, wenn
man sie mit der heutigen Situation im Deutschen Bundestag
vergleicht. Viele von ihnen spielten eine beachtliche Rol-

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Frauen für Europa
mit unseren Anträgen
Realizing Fair



le, einige sind noch heute bekannt: Marie Juchacz, Toni Pfülf, Toni Sender, Louise Schroeder.

Marie Juchacz, die die erste unter ihnen war, die eine Parlamentsrede hielt, gehörte dem Reichstag bis zu seinem Ende, dem Ende der Weimarer Republik an. Sie sprach an diesem 19. Februar von der Gleichstellung der Frauen; sie prangert die von konservativen und reaktionären Kräften in Deutschland nach wie vor gewollte politische und rechtliche Ummündigkeit von Frauen an, von der sie hofft, daß sie durch Frauenstimmrecht und die Regelungen der zu beschließenden Verfassung beendet sein wird. Die Frau als "gleichberechtigte und freie Staatsbürgerin neben dem Manne" - diese Hoffnung setzten die Frauen in der SPD in die junge Demokratie.

Aus Marie Juchacz' Rede spricht zugleich Skepsis. Sie war sich - zusammen mit ihren Fraktionsgenossinnen - bewußt, daß der Weg zur tatsächlichen gesellschaftlichen Gleichstellung noch lang sein würde. Sie stellte fest, daß "in zivilrechtlicher wie auch in wirtschaftlicher Beziehung die Frauen noch lange nicht die Gleichberechtigten sind". Gleichzeitig greift sie in ihrer Rede über das Thema der Frauenrechte hinaus und legt die Positionen ihrer Partei und der - noch - sozialdemokratisch geführten Regierung zu den Versailler Friedensverhandlungen, zu Wirtschafts- und Sozialpolitik dar. Das Anliegen ist, in Deutschland eine wirkliche Demokratie zu schaffen - geachtet von den Nachbarn.

Nicht nur der von den Sozialdemokratinnen im Reichstag ausgefochtene Kampf um die vielen Einzelfragen und -gesetze, die die tatsächliche Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen ausmachen, ging verloren, auch der Kampf um die Demokratie selbst.

Mit Ermächtigungsgesetz und Parteienverbot 1933, mit Verhaftungen, Verfolgung und erzwungener Emigration, setzte sich zugleich der verlogene Kult der Mütterlichkeit in Deutschland durch. Die nationalsozialistische "Mutterkreuz-Ideologie" stillisierte die biologische Funktion des Gebärens zum rassistischen Mythos hoch, mit dem Frauen



zugleich zu ewigen Dienerinnen degradiert wurden: des Mannes und des Führers. Tatsächlich wurden sie sehr bald wieder im Arbeitsleben gebraucht; erst in der Rüstungsindustrie, dann überhaupt an den Arbeitsplätzen der Männer, die in den Krieg zogen.

Diejenigen - Männer und Frauen - die politischen Widerstand leisteten, wurden verfolgt, ins Konzentrationslager gebracht. Marie Juchacz gehörte zu denen, die - um den Schergen zu entgehen - ins Exil mußten. Sie lebte bis zu ihrer Rückkehr nach Deutschland 1949 in den USA. Toni Pfülf beging aus Verzweiflung über die beginnenden Untaten des US-Regimes nach 1933 Selbstmord. Die ehemalige Reichstagsabgeordnete Johanna Tesch mag für die stehen, die im Konzentrationslager starben.

Als das Hitler-Reich seinen Krieg gegen die Alliierten verloren hatte und in Blut und Tränen und Schutt und Asche versunken war, waren es wieder die Frauen, die beides leisteten: ihren Beitrag zum materiellen Wiederaufbau und ihren Beitrag für die Schaffung der Parlamentarischen Demokratie.

Was bei den Abstimmungen über die Weimarer Verfassung noch mißlungen war, das uneingeschränkte Gleichheitsprinzip von Frau und Mann in der Verfassung zu verankern, das gelang jetzt. Der Artikel 3 unseres Grundgesetzes, das am 23. Mai 1949 in Kraft trat und damit in diesem Jahr 35 Jahre gilt, lautet schlicht: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt." Daß er so und ohne jeden einschränkenden Zusatz dasteht und damit zwingende Grundlage für nachfolgendes Rechtshandeln wurde, ist dem Druck der Frauen in Verbänden und Gewerkschaften, ist der SPD, ist vor allem aber der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert, einer der vier Mütter des Grundgesetzes, zu verdanken. Ohne ihren an der Erfahrung der Weimarer Republik orientierten Kampf und Einsatz hätten sich konservative Kräfte mit ihren Einschränkungsbegehren durchgesetzt.

Wir haben eine Tradition in der Auseinandersetzung mit konservativen Frauen-Ideologien: Solidarität, Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichstellung und Teilhabe der Frauen in Politik und Gesellschaft, das waren unsere Werte von Anfang an. Diese Grundsteine auch heute zu verteidigen und zu festigen, bleibt die Aufgabe von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(-/2.3.1984/va/vo-he)

+ + +



Stingl verabschiedet sich mit Rekordniveau

Anmerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Monats Februar 1984

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die heute in Nürnberg veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen für den Februar 1984 sind die letzten, für deren Berechnung und Kommentierung Präsident Stingl verantwortlich zeichnet.

Nach 191 Auftritten vor der Presse Monat für Monat heißt es nun Abschied nehmen, künftig wird uns Heinrich Franke als neuer Präsident der Bundesanstalt für Arbeit monatlich die "frohe Botschaft" verkünden.

Man braucht kein Prophet zu sein, um schon jetzt zu wissen, daß sich dabei weder am Ritual der Pressekonferenzen noch am Grundtenor der in ihr gemachten Aussagen wenig ändern wird: Unter Anpassung an die Bonner Wende-/Aufschwung-/Silberstreif-am-Arbeitsmarkt-Sprachregelung wird auch künftig die monatliche Statistik so lange hin- und hergewendet, umgerechnet, saisonbereinigt und mit den Zahlen des Vormonats oder auch Vorjahresmonats verglichen werden, bis trotz anwachsender Arbeitslosenziffern Optimismus in Zahlenwerten verbreitet werden kann.

Wir kennen dieses Ritual aus den letzten Monaten zur Genüge, und man wird dennoch nicht müde, es uns immer wieder neu vorzuführen. So auch heute bei den Zahlen für den Monat Februar 1984.

Die Arbeitslosigkeit verbleibt auf Rekordniveau: die Arbeitslosenquote liegt im Januar bei 10,2 Prozent, die absolute Zahl ging geringfügig um 2.700 auf 2.536.600 zurück. Das ist die höchste Arbeitslosenzahl in einem Februar überhaupt, seitdem die Arbeitsmarktstatistik geschrieben wird.

Dennoch heißt es auch heute wieder aus Nürnberg, man könne "leichte Besserungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt" feststellen, nur der "späte Winter" habe die konjunkturelle Besserungstendenz "eher unterzeichnet".

Dabei verfängt nicht einmal der altbekannte statistische Kniff der Saisonbereinigung in diesem Monat: Selbst die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen bleibt auf dem absoluten Nachkriegs-Rekordstand des Januar 1984.

Die schwerste Beschäftigungskrise in der Geschichte der Bundesrepublik hält an, und kein Anzeichen spricht angesichts der Tatenlosigkeit dieser Bundesregierung für ihr Abflauen oder gar Ende.

Im Februar 1984 waren 1.521.900 und 1.014.600 Frauen arbeitslos, das sind 10,1 bzw. 10,4 Prozent.

Die Zahl der Neumeldungen von Arbeitslosen blieb mit 289.800 ebenfalls auf Rekordniveau, wobei insbesondere die Arbeitslosmeldungen von Auszubildenden, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, um 25 Prozent über der Zahl des Vorjahres lagen.

Auch die Zahl der Erwerbspersonen, die noch nicht oder seit längerem nicht mehr erwerbstätig waren und die sich arbeitslos meldeten, nahm merklich um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu.



Die Zahl der Abmeldungen aus der Arbeitslosigkeit belief sich auf 292.500, die des Stellenzugangs bei den Arbeitsämtern auf 106.800.

Die Ämter konnten daraufhin 121.900 Arbeitssuchende vermitteln, womit die gemeldeten offenen Stellen schnell besetzt werden konnten, und am Ende des Monats Februar nur noch 79.700 offene Stellen registriert sind.

Die Zahl der Kurzarbeiter stieg gegenüber Januar um 78.100 oder 14 Prozent auf 643.600 - vor allem durch Feierschichten im Steinkohlebergbau und durch Kurzarbeit in der Bauwirtschaft als dem Wirtschaftszweig mit der höchsten Zahl an Kurzarbeitern (162.900).

Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen unter 20 Jahren nahm um 1.500 ab, und auch die Arbeitslosenzahl unter den ausländischen Arbeitnehmern war leicht rückläufig. Die Zahl der 59jährigen oder älteren Arbeitnehmer ohne Beschäftigung stieg allerdings weiterhin an und liegt nun mit 105.900 Menschen um neun Prozent über dem Vorjahresstand.

Die Bundesanstalt für Arbeit zeigt aber weder bei dieser noch den anderen Zahlen Mut zur Wahrheit. Wenn nicht das Wetter bzw. der "späte Winter" (s.o.) als Erklärung bzw. Entschuldigung für das Ausbleiben des Aufschwungs herangezogen werden muß, sucht man Trost in einem Vergleich mit den Zahlen aus dem Februar 1983.

Und die Bonner Regierungsparteien meinen, weiter ruhig schlafen zu können. Sie propagieren ein Vorruhestandsmodell als angebliche große Alternative zu einer aktiven Beschäftigungspolitik, wie sie uns u.a. in den Jahren nach 1967 und 1975 aus den ersten beiden großen Krisen herausgeführt hat.

Doch diese Krisen sind mit der heutigen in ihrem Ausmaß gar nicht mehr zu vergleichen. So schlimm wie in den letzten Monaten sah die Arbeitsmarktstatistik noch nie aus in der Geschichte der Bundesrepublik.

Es ist ein Skandal, daß diese Bundesregierung dennoch nichts unternimmt, sondern offensichtlich ihre Hauptaufgabe darin zu erblicken scheint, Hand in Hand mit den Arbeitgebern und Unternehmern Stimmung gegen die 35-Stunden-Woche zu machen.

Der alte Präsident der Bundesanstalt für Arbeit aber läßt sich ohne die erforderlichen klaren Worte hierzu in den Ruhestand verabschieden. Er verabschiedet sich mit einem Rekordniveau an Arbeitslosigkeit und weiß ebenso wie alle anderen Arbeitsmarktexperten, daß dieses auch in den kommenden Monaten nicht wesentlich unterschritten werden wird.

(-/2.3.1984/va/bgy)

+ + +



Wenn Ziesel auf Kohls Ticket die Welt bestaunt

Vom Umgang der Regierungen mit der journalistischen Unabhängigkeit

Von Fritz Sänger

Takt in der praktischen politischen Arbeit zu bezeugen, das ist offenbar eine der schwierigsten Aufgaben, wenigstens zur Zeit wieder einmal, da eine Regierung noch wenig Erfahrung besitzt und sich auch kaum je um Hilfe bemuhrt. Da hat doch der Sprecher der Bundesregierung, Peter Boenisch, jüngst vor der Presse zu der Tatsache Stellung genommen, daß der Bundeskanzler auf seine Reise nach Israel unter anderem auch den Journalisten und Publizisten Kurt Ziesel mitgenommen habe, einen Mann, der "ein notorischer Nationalsozialist" war und der heute zu den Rechtsauen im Lande zu zählen ist, abgleich er, wie der Bundeskanzler ihn verteidigte, "sich geläutert" habe.

Der Regierungssprecher versuchte den Vorgang zu erklären, indem er behauptete, es werde "keine Zensur" geübt, was in diesem Falle wohl heißen sollte, die Regierung wählte nicht nach eigenen Überlegungen die Journalisten aus, die mit auf die Reise genommen wurden, sondern - so der offizielle Sprecher - das Los habe entschieden. Er fügte hinzu, daß er hoffe, es werde niemals ein Mitarbeiter der rechtsextremen "Nationalzeitung" ein Reise-los ziehen. So leicht kann es sich eine Regierung auf keinen Fall machen.

Das Problem ist nicht neu, es wurde schon in der Weimarer Republik erörtert; unterschiedlich, wie gleich hinzugefügt werden soll. Es ist eine unerfreuliche Sache, wenn Journalisten auf Kosten von Interessenten reisen. Für eine freie Presse ist auch eine Bundesregierung ein Interessent; die Presse sollte auch nicht den Eindruck erwecken, sie stehe im Dienste, sei ein Organ einer Regierung. Sie tut am besten daran, den in guter Gesellschaft geltenden Grundsatz zu beachten, nur solche Einladungen anzunehmen, die auch erwidert werden können. Für eine so gewichtige Reise wie es des Kanzlers nach Israel war, werden sich deutsche Zeitungen dann auch interessieren, wenn ihnen dadurch hohe Kosten entstehen. Die Berichterstattung eines eigenen Korrespondenten würde sich gelohnt haben.

Indessen, es kann nicht übersehen werden, daß eine Regierung für schwierige Unternehmungen den Wunsch hat, die ihr bekannte besondere berufliche Qualifikation eines Journalisten, seine im einzelnen Falle bewährte Sachkenntnis, seine am fremden Ort bereits gesammelte Erfahrung zu respektieren, sich einen Vorteil zu verschaffen, indem sie solche Voraussetzungen zu nutzen versucht. Die entscheidende allein gültige Antwort kann stets nur das Verhalten des Journalisten selbst geben, der sich nicht zum Erfüller eines Auftrages machen lassen und sich auch nicht als Legitimation für einen Interessenten hergeben will.

Es kommt darauf an, wie taktvoll verfahren wird, wie einfühlsam eine Regierung und eine Redaktion voneinander unabhängig bleiben können, wie sorgfältig politische Gegebenheiten beachtet und respektiert werden. Die bekannte Bemerkung des Preussenkonigs Friedrich II., daß "Gazetten, wenn sie interessant sein sollen, nicht geniert werden müssen", gilt in mindestens gleichem Maße auch für Regierungen und Wähler jenseits der Grenzen, mit denen verständnisvoll zu leben die dringendste Aufgabe jeder Regierung sein muß.

Es ist eine peinliche Flucht vor der Verantwortung, ein Zeichen der Unfähigkeit zur Einführung und es ist in hohem Maße gefährlich, wenn eine Regierung es einem Lotteriespiel überläßt, wie und durch welche Personen sie sich darstellt. Die Wahrhaftigkeit von Beziehungen wird durch Menschen bezeugt. Sie schaffen Kontakte, vermehren und intensivieren sie - oder sie versagen vor der Chance, das Miteinander und Füreinander der Völker zu verbessern.

(-/1.3.1984/va/hi)

+ + +

